

05338-24

Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG zur Errichtung und zum Betrieb einer
Notstromdieselmotorenanlage mit Zulassung des vorzeitigen Baubeginns; Reg.-Nr.
50.063.00/24/1.1GE/T12 und 50.063.Z0/24/1.1GE/T12

Mittenwalde, Dahmestraße

An
z.H.
AZ –63-

-63-
Frau Starre
05338-24-36

Von 67.3
AZ UWB 67/3-130-00-007/489
Datum 14.01.2025

Herr Schönberger (-2438)

<input type="checkbox"/>	Planungsanzeige	<input type="checkbox"/>	Vorbescheid
<input type="checkbox"/>	VEP	<input type="checkbox"/>	Baugenehmigung
<input type="checkbox"/>	FNP	<input checked="" type="checkbox"/>	<u>Genehmigung nach BImSchG</u>
<input type="checkbox"/>	B-Plan	<input type="checkbox"/>	Plangenehmigung/-feststellung
<input type="checkbox"/>	Entwurfs- und Genehmigungsplanung	<input type="checkbox"/>	Genehmigung nach BetrSichV
<input type="checkbox"/>	Satzung		

Vorhaben

zusätzliche Notstromdieselmotorenanlage (zu schon bestehenden 11 Stück)
(Reg.-Nr. 50.063.00/24/1.1GE/T12 bzw. 50.063.ZO/24/1.1GE/T12)

Örtliche Lage

15749 Mittenwalde,
Dahmestraße,
Gemarkung: Mittenwalde,
Fl.: 13 ;
Flstk.: 245/5, 572, 212/11, 258/3, 548, 107/5, 108/3, 110/6,
248/1, 570

Wasserschutzgebiet

nein

Wasserwirtschaftliche Stellungnahme

(i.V.m. BG „BER22-Errichtung Rechenzentrum und 11 Notstromdieselmotorenanlagen (NDMA)
Akz. 63-02096-21-38 v. 10.03.2022)

- ☒ Zustimmung ☒ mit Hinweisen ☒ mit Auflagen ☐ mit Bedingungen
☐ Ablehnung

Vorbemerkungen

Zu den in der o.g. Baugenehmigung wasserrechtlich beschiedenen 11 Notstromdieselmotorenanlagen (Akz. 67/3-20-50-002/3339) soll jetzt noch eine weitere baugleiche Anlage hinzugefügt werden.

Die ebenfalls in der o.g. Baugenehmigung integrierte wasserrechtliche Erlaubnis zur Niederschlagsentwässerung (Akz. 67/3-30-40-005/1657) soll mit der jetzigen Erweiterung nicht geändert werden.

I. Wasserrechtliche Anordnung zur Lagerung / Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AZ UWB: 67/3-20-50-002/3339) - 1.Nachtrag (*geänderte Anlagen)

1. Art des Umganges mit wassergefährdenden Stoffen

- Ethylenglykol Gemisch 30 % - 10 m³ – Wassergefährdungsklasse WGK 1 in Kühlaggregaten auf dem Dach mit Auffangwannen
- doppelwandige Diesellagertanks 12* x 20 m³ = 240 m³* – WGK 2 – oberirdisch im Freien
- Notstromdieselaggregat mit integriertem Tank von 10 m³ – WGK 2
- Dieseltankbefüllstation – Ableitung ins Schmutzwassernetz
- Batterieraum für VRLA Akkumulatoren – 0,006 m³ – WGK 1
- flüssiger Harnstoff – WGK 1 – 1,5 m³*

Gefährdungspotential der Gesamt-Anlage gem. § 39 Abs. 1 der AwSV: **Gefährungsstufe D**

2. Auflagen

- 2.1 Anlagen sowie technische Schutzvorkehrungen dürfen nur verwendet werden, wenn ihre Eignung von der zuständigen Behörde festgestellt ist. Soweit solche Anlagen, Anlagenteile und Schutzvorkehrungen serienmäßig hergestellt wurden, können sie nach der Bauart zugelassen werden (§ 63 WHG i.V.m. § 41 AwSV).
- 2.2 Die gesamten Anlagen müssen so beschaffen sein und betrieben werden, dass Dieselmotorkraftstoff und die weiteren unter Punkt 1 benannten Stoffe nicht austreten können. Sie müssen dicht, standsicher und gegen die zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüsse hinreichend widerstandsfähig sein. Eine Verunreinigung der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung ihrer Eigenschaften dürfen nicht zu besorgen sein.
- 2.3 Undichtheiten aller Anlagenteile, die mit den Stoffen in Berührung stehen, müssen schnell und zuverlässig erkennbar sein. Austretende Stoffe müssen schnell und zuverlässig erkannt, zurückgehalten und verwertet oder entsprechend den abfallrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß entsorgt werden.
- 2.4 Gemäß § 62 Abs. 1 WHG i.V.m. § 46 AwSV (1) hat der Betreiber einer Anlage die Dichtigkeit und Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtung ständig zu überwachen.
Der Betreiber hat eine Betriebsanweisung vorzuhalten, die einen Überwachungs-, Instandhaltungs- und Notfallplan enthält und Sofortmaßnahmen zur Abwehr nachteiliger Veränderungen der Eigenschaften von Gewässern festlegt (§ 44 AwSV).
Der Betreiber hat einen Überwachungsvertrag mit einem Fachbetrieb abzuschließen, wenn er selbst nicht die erforderliche Sachkunde besitzt oder nicht über sachkundiges Personal verfügt.
- 2.5 Gemäß § 23 AwSV hat derjenige, welcher eine Anlage zum Lagern wassergefährdender Stoffe befüllt oder entleert, diesen Vorgang zu überwachen und sich vor Beginn der Arbeiten vom ordnungsgemäßen Zustand der dafür erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen zu überzeugen.
- 2.6 Tropfmengen, die sich auf undurchlässigen Flächen sammeln, sind umgehend aufzunehmen und ordnungsgemäß zu entsorgen [§ 17 AwSV (3)].
- 2.7 **Der Betreiber hat die Anlage für die Diesellagerung mit Notstromaggregaten und der Befüllstation einschließlich der ggf. betroffenen Abfüllfläche gemäß § 46 AwSV in Verbindung mit der Anlage 5 der AwSV vor Inbetriebnahme, wiederkehrend aller 5 Jahre und nach einer wesentlichen Änderung und bei Stilllegung durch einen Sachverständigen nach § 47 AwSV auf den ordnungsgemäßen Zustand prüfen zu lassen.**

3. Hinweise

- 3.1 Den Bediensteten der unteren Wasserbehörde ist jederzeit Zutritt zu den Anlagen sowie eine behördliche Überprüfung zu gestatten.
- 3.2 Sind wassergefährdende Stoffe in den Boden gelangt oder drohen sie dorthin zu gelangen, besteht die Verpflichtung, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um eine schädliche Verunreinigung des Wassers oder sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu verhindern bzw. zu beseitigen.
- 3.3 Gemäß § 24 AwSV hat ein Anlagenbetreiber bei Schadensfällen und Betriebsstörungen diese Anlage unverzüglich außer Betrieb zu nehmen, wenn er eine Gefährdung oder Schädigung eines Gewässers nicht auf andere Weise verhindern oder unterbinden kann. Soweit erforderlich, ist die Anlage bei Schadensfällen und Betriebsstörungen zu entleeren.
- 3.4 Das Austreten wassergefährdender Stoffe oder ein begründeter Verdacht sind gemäß § 24 Abs. 2 Satz 1 AwSV unverzüglich bei der unteren Wasserbehörde zu melden.
- 3.5 Veränderungen bei den Lagermengen sind der unteren Wasserbehörde unverzüglich und schriftlich mitzuteilen.

4. Begründung

Mit der Baugenehmigung unter dem Aktenzeichen 63-02096-21-38 war eine Lagerung bzw. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Diesellagerung, Kühlsystem, Batterieraum) geplant. Es wurde u.a. eine gutachterliche Stellungnahme zu den wasserrechtlichen Belangen im Hinblick auf die Löschwasserrückhaltung gemäß AwSV/LöRüRL von 29.03.2021 mit den Unterlagen vorgelegt. Im Rahmen der Baugenehmigung unter dem Aktenzeichen 63-02096-21-38 erfolgte eine Anordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen entsprechend der AwSV. Aus den jetzigen Antragsunterlagen nach BlmSchG ist zu entnehmen, dass ein zusätzlicher Notstromdieseltankbehälter verwendet werden soll. Dieser ist in die Wassergefährdungskategorie 2 eingestuft.

Die bereits erteilte Anordnung zur Lagerung / Umgang mit wassergefährdenden Stoffen mit AZ UWB: 67/3-20-50-002/3339 wurde somit entsprechend angepasst.

Der Landkreis Dahme-Spreewald als untere Wasserbehörde ist sachlich (§ 124 in Verbindung mit § 126 Abs. 1 BbgWG), örtlich (der Standort befindet sich auf dem Territorium des Landkreises) und instanzuell (§ 126 BbgWG) zuständig.

Gemäß § 40 AwSV hat, wer eine nach § 46 Absatz 2 oder Absatz 3 AwSV prüfpflichtige Anlage errichten oder wesentlich ändern will oder an dieser Anlage Maßnahmen ergreifen will, die zu einer Änderung der Gefährdungsstufe nach § 39 Absatz 1 führen, dies der zuständigen Behörde mindestens sechs Wochen im Voraus schriftlich anzuzeigen.

Die Auflagen sind insbesondere erforderlich, um die Erfüllung der wasserrechtlichen Anforderungen und den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlagen zu gewährleisten.

Nach Abwägung Ihrer Interessen gegenüber den Interessen der Allgemeinheit am Gemeingut Wasser sind die Auflagen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gerechtfertigt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass bei Beachtung und Einhaltung der Auflagen durch die beantragte Lagerung/den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist und sonstige Belange nicht entgegenstehen die Lagerung/den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in der o.g. Art und Weise durchzuführen.

Gemäß einer Genehmigung nach BImSchG werden die für das Vorhaben erforderlichen weiteren behördlichen Entscheidungen integriert. Deshalb wird der 1.Nachtrag der Anordnung zur Lagerung / Umgang mit wassergefährdenden Stoffen mit der Genehmigung nach BImSchG erteilt.

II. Gebühren

Für den 1.Nachtrag der Anordnung zur Lagerung/Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Rahmen des Antrages nach BImSchG wird gemäß der §§ 1, 2, 11 und 14 des GebGBbg in Verbindung mit § 1 GebOUmwelt, Tarifstelle 5.1.7.3 eine Verwaltungsgebühr von

-- 360,00 € --

festgesetzt.

Bei der Festsetzung der Verwaltungsgebühr habe ich folgendes zu Grunde gelegt.

Für die Prüfung einer Anzeige zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen der Gefährdungsstufe C nach § 39 AwSV ist eine Gebühr von 300,00 bis 800,00 Euro zu erheben. Es handelt sich hier um eine zusätzliche baugleiche Anlage (zu den bestehenden 11 Stück). Die Errichtung erfolgt oberirdisch im Freien und die Anlage ist doppelwandig ausgeführt. Das zu lagernde Volumen befindet sich im unteren Drittel der Gefährdungsstufe C (von >10 bis max. 100 m³ WGK2).

Somit wurde nach Tarifstelle 5.1.7.2 zunächst eine Gebühr von 400 € festgelegt.

Nach 5.1.7.3 sind aber wasserrechtliche Anordnungen/Entscheidungen, die nicht mit eigenen wasserrechtlichen Entscheidungen einhergehen (hier: übergeordnete Genehmigung nach BImSchG) um 10 % zu reduzieren. Somit ergibt sich eine Gebühr von 360,00 €.

Diese soll einerseits den mit der Amtshandlung verbundenen Verwaltungsaufwand und andererseits der Bedeutung der Amtshandlung für den Gebührenschuldner gerecht werden. Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze halte ich die festgesetzte Gebühr für erforderlich und angemessen.

Die Gebühr für die wasserrechtliche Entscheidung innerhalb der Genehmigung nach BImSchG von

360,00 €

ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu erheben und unter Angabe der

Verwendungsnummer: 55201-00-672-130-00-007/489

Sachkonto: 4311500

Vermerk: Rechenzentrum BER 22 Mittenwalde 1. Nachtrag

zuzuordnen.

III. Rechtsgrundlagen

WHG: Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes - Wasserhaushaltsgesetz - vom 31. Juli 1990 (BGBl. I S. 2585) in der zur Zeit gültigen Fassung

BbgWG: Brandenburgisches Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 20]) in der zur Zeit gültigen Fassung

AwSV: Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 905) in der zur Zeit gültigen Fassung
VwVfGBbg: Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg vom 07. Juli 2009 (GVBl.I/09, [Nr. 12], S.262, 264) in der zur Zeit gültigen Fassung
VwVfG: Verwaltungsverfahrensgesetz (in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102) in der zur Zeit gültigen Fassung
GebGBbg: Gebührengesetz für das Land Brandenburg vom 07. Juli 2009 (GVBl.I/09, [Nr. 11], S.246) in der zur Zeit gültigen Fassung
GebOUmwelt: Verordnung zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für den Bereich Umwelt vom 22.11.2011 (GVBl. II/11, [Nr. 77]) in der zurzeit gültigen Fassung

Im Auftrag

i. A. Schönberger